

Bekanntnis zu liberalem Finanzplatz

Die Frühjahrstagung des Liechtensteinischen Bankenverband galt dem Thema «Risiken im Private Banking»

Die gemeinsam vom Liechtensteinischen Bankenverband mit der Revisionsgesellschaft Atag Ernst & Young organisierte Frühjahrstagung 2000 orientierte über eine breit angelegte Umfrage in 9 Ländern über Risiken im Private Banking. Vertreter Liechtensteins nutzten die Gelegenheit, um zu den aktuellen Vorwürfen gegenüber dem Finanzplatz Liechtenstein Stellung zu nehmen und die geplanten Neuerungen auf Gesetzebene vorzustellen.

René A. Schmuki

Über 70 Vertreter von 35 Unternehmen – nebst Banken, Finanz- und Treuhandgesellschaften – aus Liechtenstein, der Schweiz und Vorarlbergs hatten sich für die 2. Frühjahrstagung in Vaduz angemeldet. Nach Programm sollten die ersten Ergebnisse einer von der Revisionsgesellschaft Atag Ernst & Young in Basel initiierten Umfrage zu «Risiken im Private Banking» und die Schutzmassnahmen gegen Geldwäscherei in der Schweiz vorgestellt werden. Themen, die angesichts der jüngsten Vorwürfe gegen den Finanzplatz Liechtenstein breites Interesse fanden.

«Flagge zeigen»

Benno Büchel, Präsident des einladenden Bankenverbandes, machte schon in seiner Begrüssung deutlich, dass das Thema «Risiko» im Bankgeschäft immer ein Thema war und auch bleiben werde. Bereiche wie Geldwäscherei, Sorgfaltspflicht und Insidergeschäfte seien leider zum täglichen Thema im Bankgeschäft geworden. Ein vernünftiges Mass an Risiken müsse jeder erfolgreiche Bankier eingehen. Das Erkennen und Minimieren dieser Risiken sei letztlich im Interesse des Überlebens eine unbedingte Notwendigkeit.

Unabhängig von den sachbedingten Risiken seien gerade in jüngster Zeit Image-Risiken zu einer Bedrohung im Bankengewerbe geworden. Bis anhin habe man die politischen Rahmenbedingungen und eine Toleranz gegenüber der liberalen Gesetzgebung Liechtensteins als feste Grösse voraussetzen können. Das habe sich geändert, «weil wir von ausländischen Medien in einem uns nicht behaglichen Lichte dargestellt werden. Als Steuerparadies mit liberaler Gesetzgebung sind wir suspekt und man unterstellt uns Kooperation mit dubiosen Elementen.»

Büchel betonte, dass man im Liechtensteinischen Bankengewerbe an Geschäften mit kriminellen Ursprung nicht interessiert sei. Das müsse immer und immer wieder betont werden. Endlose emotionale innenpolitische Querelen und Diskussionen, die von der Verfassung bis zum Religionsunterricht reichten, würden aber mehr schwächen als stärken. «Wir müssen Flagge zeigen, denn Image- oder Reputationsrisiken können Unternehmen oder einen ganzen Bankplatz zerstören.» Deshalb unterstütze der Bankenverband die Regierung bei der Schaffung der Rechtsnormen, die internationalen Standard genügen. Hilfe von aussen könne man nicht erwarten. Der Bankenverband habe seine Kernforderung klar formuliert: Liechtenstein sei gefordert. Die Banken – die traditionellen und die neuen – die Treuhänder, die Gesellschaft und die Politik. «Wir wollen wachsen – kalkulierbar! Wir wollen neue Chancen packen – verantwortungsvoll! Wir wollen in der Welt beachtet werden – aufgrund unserer Leistung und aufgrund von best practice!»

Situation analysiert

Bernard Fishman, er ist bei der Revisionsgesellschaft Atag Ernst & Young verantwortlich für deren im Oktober 1999 durchgeführten Umfrage «Best Practices in Private Banking», skizzierte die Ergebnisse der Antworten von 30 bedeutenden Privatbanken aus 9 Ländern. Überrascht hat, dass rund 75 Pro-



Fachleute aus drei Ländern liessen sich an der Frühjahrstagung des Liechtensteinischen Bankenverbandes über «Risiken im Private Banking» orientieren.

zent der Befragten ihre Konten in Bezug auf aktuelle Kundenkontakte nicht überprüfen lassen wollen. Dabei gilt der Grundsatz, dass ohne Kundenkontakt innerhalb von zwei Jahren ein Konto als nachrichtloses Vermögen betrachtet werden sollte. Im Bereich des Managements von Kontrollen schwanken die als «best practice» gewerteten Systeme zwischen 13 und 50 Prozent.

In der Beurteilung der Risiken bezeichnen 40 Prozent die Geldwäscherei als derzeit aktuellstes Problem. Immerhin noch knapp 30 Prozent sehen den Betrug als Hauptproblem. Dabei zeigt eine Untersuchung, dass ein grösserer Betrugsfall mit Verlusten von Millionen fast regelmässig alle 5 Jahre vorkommt. 84 Prozent der schlimmsten Betrugsfälle werden von Angestellten begangen, von denen über die Hälfte seit mehr als fünf Jahren im Betrieb waren und die meisten der schweren Fälle werden vom Management begangen. Aus Image-Gründen bleiben die meisten Vorkommnisse verborgen.

Geldwäscherei und Sorgfaltspflicht

In der Schweiz hat man nach der sogenannten Chiasso-Affaire (1977) von Bankenseite eine Sorgfaltspflichtvereinbarung abgeschlossen. Man wollte damals – so Professor Dr. Hanspeter Dietzi, er ist auch Rechtskonsulent bei der UBS – einer gesetzlichen Regelung der Problematik zuvorkommen. Bis in die neueste Zeit ist diese «freiwillige» Abmachung immer wieder den neu-

ten Erkenntnissen angepasst worden. Auch die eidgenössische Bankkommission hat Richtlinien erlassen. Sie verlangen von Banken und Finanzgesellschaften, dass sie ihre Vertragspartner (Anleger) identifizieren und den wirtschaftlichen Berechtigten feststellen. Sie haben eine Abklärungspflicht zur Erkennung schmutziger Vermögenswerte. Besondere Bestimmungen gibt es für Vermögenstransaktionen mit politischen Machthabern (Potentatengeldern). Es gibt eine Meldepflicht bei Verdacht auf Geldwäscherei und allenfalls sogar die Pflicht zum Abbruch von Geschäftsbeziehungen.

Wer gegen diese Bestimmungen verstösst, kann mit Bussen und Konventionalstrafen bis zu 10 Millionen Franken belegt werden. Ausserdem können Behörden die Banklizenz entziehen. Gegenüber von Mitarbeitern enthält der Massnahmenkatalog Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren Zuchthaus und Berufsverbot.

Ohne Druck

Regierungsrat Dr. Heinz Frommelt skizzierte in seinem Referat Neuerungen, wie sie Liechtenstein zur Sicherung eines attraktiven Finanzplatzes einführen will. Das sei, so betonte Frommelt, nicht etwa eine Antwort auf die jüngsten Angriffe. «Der liechtensteinische Finanzplatz wächst und es braucht keine Hellscheferfähigkeiten, um zu erkennen, dass sich daraus auch diverse Veränderungen im Gesetzeswerk aufdrängen mögen, aber insbesondere

auch im Gesetzesvollzug tatsächlich aufdrängen.» Ein wachsender moderner und gewollt liberaler Finanzplatz brauche Kontrolle.

Die Regierung sei eindeutig für ein liberales System. Das müsse geschützt und der Missbrauch verhindert werden. Man könne nicht liberale Voraussetzungen als Vorreiter der Geldwäscherei sehen. «Die liechtensteinische Regierung ist fest entschlossen, an unserem liberalen Finanzsystem festzuhalten. Wir halten nichts von Überregulierung, wir halten nichts von Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens durch staatliche Zwangsbeglückung», meinte Frommelt. Die Regierung wolle das Bankgeheimnis verteidigen und als souveräner Staat auch die Steuerpolitik festlegen. «Wir erklären mit Klarheit, dass schmutzige Gelder in Liechtenstein keinen Platz haben, und wir setzen Massnahmen, dass Liechtenstein ein sauberer Finanzplatz bleibt.»

Standortbestimmung

An der fachlichen Qualifikation derjenigen, die im Bereich von Finanzdienstleistungen tätig sind, zweifelt Frommelt nicht. Allein schon die seit dem EWR Beitritt Liechtensteins von 5 auf 13 gewachsene Zahl vom im Land tätigen Banken belege, dass der Dienstleistungsbereich in den vergangenen Jahren ausgebaut worden sei. Im regulatorischen Umfeld – traditioneller Weise liberal – brauche es aber Aufsicht und Kontrolle. Vieles sei getan worden. «Wir haben ein Sorgfaltspflichtgesetz

sowie Strafbestimmungen gegen die Geldwäscherei und das organisierte Verbrechen, die europäisches Niveau aufweisen.» Das habe die EFTA-Überwachungsbehörde ESA bestätigt.

Geplante Massnahmen

Liechtenstein will aber die Strafbestimmungen betreffend Geldwäscherei und kriminelle Organisationen verschärfen. Die bisherigen Voraussetzung der Strafbarkeit, die «wissentliche» Tatbegehung, soll fallen und künftig «einfacher Vorsatz» für den Tatbestand der Geldwäsche genügen. Neu wird es auch eine Meldepflicht geben. Darüber hinaus soll die Landespolizei mit Fachkräften aufgestockt werden, damit Abklärungen rasch und umfassend abgeschlossen werden können. Rechtshilfegesuche müssten künftig speditiv abgewickelt werden. Entsprechend würden die Gerichte angehalten die nötigen Organisationen zu schaffen.

Abschliessend betonte Frommelt, dass Liechtenstein als souveräner Staat einen florierenden Finanzplatz habe. «Wir sind fest entschlossen, souverän und florierend zu bleiben.» Schon aus Selbstschutz sei Liechtenstein daran interessiert, weder kriminelle Gelder zu verwahren, noch die Möglichkeit zu geben, Gelder zu waschen. «Es ist noch viel zu tun, aber wir sind zuversichtlich, dass wir zusammen mit Banken und Dienstleistungsunternehmen im Finanzsektor als geschlossene Einheit den Stürmen der Zukunft erfolgreich trotzen werden.»



Benno Büchel, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverband: «Wir haben ein Image-Problem.»



Regierungsrat Dr. Heinz Frommelt: «Souverän und florierend wollen wir bleiben.» (Bilder: wop)